

## **Internationale Konferenz Vielfalt in der Einheit – Einheit in der Vielfalt: Tage der Arabischen Welt(en) Berlin, 17. - 19. September 2006**

Ziel der internationalen Konferenz „Tage der arabischen Welt(en)“ war eine Bestandsaufnahme aktueller Entwicklungen ausgewählter arabischer Staaten. Dabei sollten insbesondere aktuelle Fragen abseits der Schlagzeilen – sowie kulturelle Aspekte – beleuchtet werden. Dies nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass verantwortungsbewusste Politik – auch vor dem Hintergrund der jüngsten politischen Ereignisse – nur auf Grundlage eines tiefenscharfen Bildes arabischer Vielfalt möglich ist. Den historischen Rahmen der Veranstaltung bildete die 50-jährige Unabhängigkeit Marokkos, Tunesiens und des Sudans, sowie die 60-jährige Unabhängigkeit Syriens und Jordaniens in diesem Jahr.

Bei der Eröffnung verwiesen der Botschafter der Liga der Arabischen Staaten, **Salem Quateen**, der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Walter Kolbow**, und die Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, **Anke Fuchs**, auf die zahlreichen Initiativen und Aktivitäten auf arabischer wie auf deutscher Seite und nicht der FES, mit deren Hilfe Brücken für den so nötigen Transkulturellen Dialog zwischen Europa und den Arabischen Welt(en) zu schlagen.

### **Panel 1: Auf dem Weg zur Wahrheit – Marokkos Aufarbeitung seiner Vergangenheit**

Hintergrund: Die Berufung der Wahrheitskommission *Instance Equité et Réconciliation* zur Aufarbeitung der unter Hassan II. begangenen Menschenrechtsverletzungen in den 1960er und 1970er Jahren stellt im arabischsprachigen Raum eine Premiere der institutionalisierten Vergangenheitsaufarbeitung dar. Die Arbeit der Kommission löste eine intensive öffentliche Debatte aus und gipfelte im November 2005 in einem umfassenden Katalog von politischen Reformempfehlungen.

Die Podiumsteilnehmer stellten zunächst fest, dass die Wahrheitskommission nicht durch äußeren Druck ins Leben gerufen wurde, sondern das Ergebnis eines inner-marokkanischen Prozesses darstellte. Die Empfehlungen der Kommission zur Verhinderung ähnlicher Menschenrechtsverletzungen in der Zukunft kulminierten u.a. in der Forderung nach einer umfassenden Reform des Sicherheitssektors sowie der Justiz und zielen letztlich auf eine nachhaltige Demokratisierung der marokkanischen Gesellschaft ab. Als problematisch erweisen sich vor diesem Hintergrund vor allem das politische *Follow Up* und die konkrete Umsetzung der ausgearbeiteten Reformvorschläge. Dies auch und gerade angesichts der Tatsache, dass die politischen Parteien Marokkos die Reformempfehlungen bislang nur zögerlich aufgegriffen haben. Eine aktuelle Debatte innerhalb der marokkanischen Öffentlichkeit kreist dabei in erster Linie um die Frage, inwiefern die juristische Verfolgung bekannt gewordener Menschenrechtsverletzungen Bestandteil des Aufarbeitungsprozesses sein sollte.

### **Panel 2: Auf dem Weg zur politischen Öffnung? Syriens vorsichtiger Spagat zwischen Isolation und Annäherung**

Hintergrund: Der Amtsantritt Basher Al Assads im Juli 2000 weckte international Hoffnungen auf eine politische und gesellschaftliche Öffnung Syriens. Nach einem kurzen „Frühling von Damaskus“ geriet der angestoßene Reformprozess jedoch alsbald ins Stocken, so dass sich das Regime Assad heute deutlichem internationalen Reformdruck ausgesetzt sieht.

Die Panelteilnehmer bemühten sich zunächst um eine Bewertung der bisher umgesetzten politischen und gesellschaftlichen Reformen. Dadurch, dass an der Diskussion erstmals auch ein Mitglied der Baath-Partei teilnahm (Ayman Abdel Nour), erhielt die Veranstaltung eine besondere Bedeutung. Während Nour auf „große Veränderungen“ etwa im Bankensektor und auf Importliberalisierungen aufmerksam machte, verwies Sami Moubayed trotz wichtiger Neuerungen im Hochschulsektor (Zulassung privater Hochschulen) auf eine grundsätzliche Reformunwilligkeit des Regimes. Die politische Klasse des Landes verfolge nicht das Ziel einer grundsätzlichen Neustrukturierung der syrischen Gesellschaft, sondern vielmehr eine „Reparatur“ (Arab. *Silah*) und Absicherung des Regimes durch eine gesteuerte Modifikation der Verhältnisse in ausgewählten und begrenzten Gesellschaftsbereichen.

Verwiesen wurde vor diesem Hintergrund auf die *de facto* stark eingeschränkte Handlungsfähigkeit des jungen Präsidenten angesichts reformfeindlicher Kräfte an der Spitze des Staates. Gezwungenermaßen habe Assad seinen Aktionsradius in den vergangenen Jahren zunächst von im engeren Sinne politischen Reformen auf Wirtschaftsfragen verlagert. Heute beschränkten sich seine Reformschritte angesichts der herrschenden Widerstände in erster Linie auf technokratische Verwaltungsreformen (Carsten Wieland).

Kontrovers diskutiert wurde vor diesem Hintergrund, inwieweit politische Reformen tatsächlich von einer kritischen syrischen Öffentlichkeit eingefordert werden. Während Moubayed das (eher apolitische) Interesse der Bevölkerung an einer Verbesserung der konkreten Lebensbedingungen betonte, verwies Mohammed Abdel Salaam auf die in der Gesellschaft immer stärker werdende Überzeugung, dass eine Verbesserung der Lebensbedingungen eben nur durch *politische* Reformen zu erzielen sei.

Als grundsätzliches Problem der syrischen Gesellschaft erschien den Podiumsteilnehmern dabei die Schwäche der Zivilgesellschaft und der säkularen Opposition des Landes. Baath-Mitglied Nour verwies vor diesem Hintergrund darauf, dass eine weitgehende politische Öffnung des Landes ein politisches Erstarken islamistischer Kräfte zur Folge haben dürfte. Syrien stünde daher vor der Wahl, sich entweder am türkischen oder tunesischen Modell orientieren zu müssen. Obwohl das Mobilisierungspotenzial des politischen Islam auf dem Panel durchaus kontrovers diskutiert wurde, zeichnete sich doch als Konsens ab, dass ein mögliches Erstarken des politischen Islam in Syrien auch als Reaktion auf anhaltende Reformverweigerung des säkularen Systems begriffen werden müsste (Salaam). Gerade die Blockade säkularer Oppositionsmöglichkeiten dürfte das Mobilisierungspotenzial islamisch argumentierender Oppositioneller mittelfristig stärken. Die Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Syrien bleibt deshalb eine bedeutende Herausforderung auch für die Außenpolitik westlicher Staaten.

Wieland bewertete die weitgehende Unterdrückung jeder säkularen Opposition durch das Regime auch als Versuch Assads, sich international als einzige säkulare Alternative zu einer islamistischen Option präsentieren zu können. Dies auch vor dem Hintergrund, dass eine säkulare Opposition – anders als eine islamisch argumentierende – von westlicher Unterstützung „erheblich profitieren“ könnte (Nour).

Angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Region (Libanon-Krieg, anti-zionistische Äußerungen Assads) wurde die außenpolitische Linie des Landes durchaus kontrovers debattiert. Ersichtlich wurde dabei, dass die international oftmals als „abenteuerlich“ wahrgenommene Position Syriens durchaus auf „rationalen“ Entscheidungsprozessen beruht (Salaam). Die rhetorische und zum Teil auch faktische Radikalisierung der syrischen Außenpolitik müsse dabei als Reaktion auf eine Reihe außenpolitischer Niederlagen des jungen Regenten (Rückzug aus dem Libanon, Grenzbegradigung mit der Türkei) verstanden werden (Wieland). Dagegen erklärte Baath-Mitglied Nour Syriens Haltung im Libanon-Krieg in erster Linie als Reaktion auf einen so wahrgenommenen „Rückzug der USA und der europäischen Staaten“ aus konstruktiven politischen

Beziehungen zu Syrien. Die kontroverse israelkritische Rede Assads, die zur kurzfristigen Absage BM Steinmeiers führte, sei als „spontane Reaktion auf die Atmosphäre im Saal“ zu verstehen. Syrien sei weiterhin an einer „Partnerschaft mit der EU“ sowie an umfassenden Verhandlungen in den Bereichen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, Entwicklungszusammenarbeit und politischen Verhandlungen (etwa über die Zukunft des Golan) interessiert.

In bezug auf die aktuelle Libanon-Krise wurde zudem deutlich, dass die Integration Syriens in den politischen Prozess für eine tragfähige Konfliktlösung absolut erforderlich ist. Insbesondere wurde darauf verwiesen, dass auch die Streitigkeiten um die Sheeba-Farmen konstruktiv gelöst werden müssen, um der Hisbullah die Legitimationsgrundlage für militärische Aktionen gegen den Staat Israel zu entziehen.

### **Panel 3: Auf dem Weg zum inneren Frieden – Sudan zwischen Hunger und Öl, Friedensschluss und Darfurkrise**

Hintergrund: Die Friedenstruppe der AU wird ihre Sudan-Mission Ende September 2006 beenden. Um die AU zu ersetzen, beschloss der UN-Sicherheitsrat die Stationierung einer UN-Friedenstruppe, die allerdings nur nach Zustimmung der sudanesischen Zentralregierung in die Region entsandt werden kann. Diese hat eine solche Zustimmung bislang verweigert und ihre militärischen Aktionen in den vergangenen Wochen wieder verstärkt.

Die Teilnehmer des Panels stimmten in der Einschätzung überein, dass eine militärische Lösung der sudanesischen Krise unmöglich ist. Benötigt wird vielmehr ein dauerhafter Dialog- und Versöhnungsprozess, der der arabisch-afrikanischen Doppelidentität des Landes gerecht wird. Festgestellt wurde dabei zugleich, dass die sudanesische Zentralregierung offenbar „weiterhin versucht, die Krise militärisch zu lösen“ (Gerhart Rudolf Baum). In diesem Zusammenhang wurde kontrovers diskutiert, inwiefern die Stationierung von UN-Friedenstruppen den Friedensprozess im Sudan fördern würde. Während die sudanesischen Podiumsteilnehmer sowie der Vertreter der Arabischen Liga einer UN-Friedenstruppe reserviert bis ablehnend gegenüberstanden, plädierte der ehemalige UN-Beauftragte für Menschenrechte im Sudan ausdrücklich dafür, die Einrichtung einer UN-Mission durch politischen Druck auf die sudanesische Regierung zu ermöglichen. Die Stationierung der UN-Truppen sei eine „Kernfrage“ jeder Konfliktlösung im Sudan.

### **Panel 4: Auf dem Weg in die Freiheit – Tunesiens Frauen und ihre Rechte**

Hintergrund: Das Personenstandsgesetz Tunesiens aus dem Jahr 1956 ist im regionalen Vergleich einzigartig, da es von tradierten Wertvorstellungen in bezug auf Gender-Rollen erheblich abweicht (z.B. Polygamieverbot).

Die Diskussionsteilnehmerinnen betonten, dass die rechtliche Gleichstellung von Männern und Frauen in Tunesien weitreichende positive gesellschaftliche Auswirkungen zur Folge hatte, da selbstbestimmt agierende Frauen nunmehr als Akteure der Modernisierung und der (auch ökonomischen) Entwicklung wirken können (Leila Rhiwi). Dies sei gerade in einem rohstoffarmen Land wie Tunesien bedeutsam. Erst die Gleichberechtigung der Geschlechter ermögliche die Nutzung individueller und gesellschaftlicher Entwicklungspotenziale (Néziha Zouabi-Labidi). Trotz dieser grundsätzlich positiven Entwicklung, wurde festgestellt, dass die Verfassungswirklichkeit auch in Tunesien hinter der rechtlichen Norm zurückbleibt. Dies zeigt sich etwa in der anhaltenden Einkommensdifferenz von berufstätigen Männern und Frauen (Marion Böker).

## **Panel 5: Auf dem Weg zu friedlicher Nachbarschaft – Jordaniens regionaler Balanceakt zwischen Irak und Nahost-Konflikt**

Hintergrund: In Jordanien werden 2007 Parlamentswahlen stattfinden, die gerade im Hinblick auf die Wahlerfolge islamistisch argumentierender Gruppen in der PNA und Ägypten entscheidende Bedeutung haben werden. Als realpolitisches Dilemma erweist sich in diesem Zusammenhang die mögliche Korrelation von Demokratisierung und Islamisierung.

Die Diskussion des Panels berührte sowohl den palästinensisch-israelischen Konflikt als auch aktuelle Entwicklungen im Irak. So verdeutlichte die Debatte, dass beide Konfliktlinien die Entwicklung des haschemitischen Königreichs entscheidend prägen. Dabei wurde zunächst die Situation palästinensischer Jordanier diskutiert.

Obwohl darauf verwiesen wurde, dass Palästinenser in zahlreichen arabischen Staaten deutlich stärker benachteiligt werden als in Jordanien (Ghassan Al-Khatib), wurde doch zugleich deutlich, dass die „politische Diskriminierung der palästinensischen Jordanier“ weiter anhält (Mustapha Hamarneh). Mit dieser Frage sei auch der Aspekt der Demokratisierung des jordanischen Staates verknüpft. Schließlich sei die seit 1993 zu beobachtende „demokratische Regression“ des Landes auch auf die Furcht des jordanischen Establishments zurückzuführen, in einem repräsentativeren politischen System durch die palästinensische Mehrheit marginalisiert zu werden.

Da sich im regionalen Vergleich die Frage stellt, wie der jordanische Staat auf islamistische Strömungen reagiert, wurde insbesondere dieser Aspekt ausführlich debattiert. Grundsätzlich verfolge der jordanische Staat eine „Politik der Ausgrenzung“ gegenüber der Islamischen Aktionsfront u.a. – so etwa durch ein vor kurzem verabschiedetes neues Anti-Terror-Gesetz (Hamarneh). Die Bewertungen dieses Gesetzes jedoch fielen durchaus unterschiedlich aus. Während Saleh Rusheidat in dem Gesetz in erster Linie den Versuch realisiert sah, „den Informationsaustausch der Sicherheitsorgane“ zu verbessern, kritisierte Hamarneh eine weitere Einschränkung bürgerlicher Freiheiten in Jordanien.

Grundsätzlich scheint sich jedoch zumindest die Befürchtung nicht zu bewahrheiten, dass die vergleichsweise repressive Politik gegen den organisierten politischen Islam in Jordanien islamistische Tendenzen verstärken und radikalisieren könnte: „Der Staat scheint mit der harten Linie durchzukommen“, so Hamarneh. Dies auch, weil politische Wahlentscheidungen in Jordanien bislang eher nach ethnisch-tribalistischen Erwägungen gefällt würden. Für den palästinensischen Bevölkerungsteil sei dies jedoch nur mit Abstrichen gültig. Daher komme der Überwindung der internen Dichotomie zwischen East- und Westbank-Jordanern durch eine konsequente Demokratisierung der jordanischen Gesellschaft mittelfristig entscheidende Bedeutung zu.

## **Panel 6: Quo Vadis Arabia? Welche Perspektiven für die Arabischen Welt(en)?**

In der Abschlussdiskussion wurde die Frage behandelt, inwiefern politische Reformen der arabischen Staaten angesichts der dominierenden politischen Konfliktlagen möglich sind. Niels Annen verwies darauf, dass ungelöste Konflikte in arabischen Staaten immer wieder auch als Vorwand dienen, interne Reformprozesse zu vertagen oder zu blockieren. Die Entwicklungsprobleme arabischer Gesellschaften könnten aber nur durch interne Reformbemühungen überwunden werden. Diese Einschätzung wurde von Ghassan Al-Khatib geteilt, der allerdings die Lösung interner Entwicklungsblockaden arabischer Staaten nur für realistisch hält, sofern zeitgleich verstärkte internationale Impulse zur Überwindung politischer Ungerechtigkeiten unternommen werden. Grundsätzlich müssten gerade westliche Staaten im Hinblick auf islamistisch argumentierende Kräfte stärker differenzieren und zugleich die gesellschaftliche

Verankerung von Gruppierungen akzeptieren, die in westlichen Staaten als nicht dialogfähig gelten, in arabischen Staaten aber über große Popularität und Einfluss verfügen.

## **Kulturelles Programm**

Die „Tage der Arabischen Welt(en)“ wurden von einem reichhaltigen kulturellen Rahmenprogramm ergänzt, das am Sonntag Nachmittag mit der Eröffnung der Karikaturenausstellung „Listig, Lustig, Lästig – Karikaturen der Arabischen Welt(en)“ seinen Auftakt fand. Die Ausstellung war bereits mehrfach, so bei der Frankfurter Buchmesse 2004, gezeigt worden. „M.A.R.O.C.K.“, ein aktueller, kontrovers diskutierter Spielfilm aus Marokko über das Leben der Jeunesse dorée, „Yacoubian Building“, ein Film aus Ägypten mit Adel Imam in der Hauptrolle, der ein Sittengemälde der ägyptischen und insgesamt der arabischen Gesellschaften zeichnet, und nicht zuletzt der Klassiker „Mohammed – der Gesandte Gottes“ (The Message) aus dem Jahr 1976 (Regie führte Moustapha Akkad, der 2005 Opfer der Anschläge auf Hotels in Amman wurde) zeigten die kulturelle Vielfalt des arabischen Films. „Confusion“ aus Jordanien, vier Musiker, die einen beeindruckenden Stilmix zu ihrem Markenzeichen gemacht haben, sorgten schließlich für die musikalische Umrahmung.

**Stand:** 21. September 2006

**Ansprechpartner:** Achim Vogt, Tel: 030 – 26 935-717